

Er erscheint wöchentlich Freitags.
Zu beziehen nur durch die Post
zum Preise von 1,20 M., fürs
Ausland 1,50 M. vierteljährlich.

Sattler-



Inserate kosten 30 Pfennig pro
3gepaßene Petitzeile.
Bei Wiederholungen entsprechende
Rabatt.

und Portefeuille-Zeitung

Organ zur Wahrnehmung der Interessen aller in der Sattlerei und der gesamten
Cederwarenindustrie und deren Nebenbetrieben beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen

Nr. 45 .: 32. Jahrgang

Verlag und Redaktion: Berlin SO. 16, Bräuden-
straße 106 .: Telephon: Amt Morikplatz, 2120

Berlin, den 8. November 1918

Inhalt. Beitragsleistung. — Die Gewerkschaftsorganisa-
tionen im Deutschen Reich im Jahre 1917. — Die Neu-
regelung der Kriegsfamilienunterstützung vom 1. November
an. — Gegen den Herrenstandpunkt. — Faschismus im Felde.
— Behandlung der Zellstoffklemmen. — 49. Sitzung der
Schlichtungskommission für das Berliner Heeresausrüstungs-
gewerbe. — Aus unserem Beruf. — Aus Industrie und
Handel. — Korrespondenzen. — Sterbetafel. — Anzeigen.

Für die Woche vom 10. bis 16. November
1918 ist der 46. Wochenbeitrag fällig. Nur
wer dem Verbands gegenüber durch pünktliche
Beitragsleistung seine Pflicht erfüllt, sichert
sich im Falle der Erwerbslosigkeit eine Unter-
stützung aus Verbandsmitteln.

Die Gewerkschaftsorganisationen im Deutschen Reich im Jahre 1917.

I.

Das Jahr 1917 stand im Zeichen einer erheblich
gesteigerten Kriegswirtschaft, die besonders die Ar-
beiter und Angestellten zu gewaltigen Mehrleistungen
für die Versorgung des Heeres mit Kriegsbedarf und
des Volkes mit Lebensmitteln in Anspruch nahm.
Es ist ein bleibendes Verdienst der Gewerkschafts-
organisationen, die Durchführung dieser Kriegswirt-
schaft mit allen Kräften gefördert zu haben. Sie
haben damit auch im vierten Kriegsjahre an der seit
Kriegsbeginn eingeschlagenen Politik der Landesver-
teidigung festgehalten und das ihrige dazu beigetragen,
die Widerstandskraft Deutschlands gegen seine
Feinde zu erhöhen. Die Gewerkschaften waren aber
gleichzeitig und mit Erfolg bestrebt, die Stellung der
Arbeiter und Angestellten innerhalb dieser erhöhten
Kriegswirtschaft zu sichern und zu festigen und das
Einkommen derselben, entsprechend den Leberungs-
verhältnissen zu verbessern. Es entspricht nur der
natürlichen Lage der Dinge, daß die Bedeutung der
Gewerkschaften in dieser Zeit, sowohl für das Wirt-
schaftsleben, wie auch für das allgemeine Wohl, um
ein Vieles gewachsen ist. Daß diese Bedeutung vor
allem in den Kreisen der Arbeiter und Angestellten
immer mehr erkannt wird, das prägt sich in der star-
ken Aufwärtsbewegung der Mitgliederzahlen der
Gewerkschaften aus. Wenn die Maßnahmen der Re-
gierung und besonders mancher militärischen Beför-
den, sehr zum Schaden der von ihnen vertretenen
Aufgaben, recht wenig von der Einsicht merken ließen,
daß es das Staatswohl erfordere, die Gewerkschaften
als die natürliche Vertretung der Arbeiterschaft an-
zuerkennen und ihre Wünsche zu erfüllen, so haben
sie dadurch selbst die innerpolitische Krise herauf-
beschworen, die in den letzten Wochen ihre Lösung
fand. Gerade diese Lösung hat die Wichtigkeit der
seit her von den Gewerkschaften eingenommenen Sal-
tung bestätigt und die Bedeutung der Gewerkschaften
für das öffentliche Wohl zur Anerkennung gebracht.

Die Mitgliederbewegung in den Zen-
tralverbänden hat den Rückgang während der
ersten Kriegsjahre nunmehr endgültig überwunden.
War dieser Rückgang begründet infolge der ungeheuren
Einberufungen der wehrfähigen Bevölkerung
zum Heeresdienst und durch die Stilllegung zahl-
reicher Industrien und Wirtschaftsbereiche, so wurde
ihm sowohl durch die wachsende Ausdehnung der
Kriegswirtschaft, als auch durch die gesteigerte Ein-
flußnahme der Gewerkschaften auf letztere ein Ziel
gesetzt. Je mehr die Arbeitervertretung in den kriegs-

wirtschaftlichen Betrieben gewerkschaftlich wurde,
desto mehr wuchs das Vertrauen der Arbeiter und
Angestellten zu dieser Interessenvertretung und da-
mit das Bedürfnis zu organisatorischem Zusammen-
schluß. Diese erfreuliche Bewegung zeigt sich nicht
allein bei den männlichen Arbeitern und Angestellten,
sondern in stärkerem Maße noch bei dem weiblichen
Teil der Arbeiterschaft, die vor dem Kriege noch nicht
ein Zehntel der Gewerkschaftsmitglieder stellte, bis
Ende 1917 aber schon auf ein Viertel der Gesamt-
mitgliedschaft angewachsen war.

Daß dieser erfreuliche Aufschwung nicht abge-
schlossen ist, geht aus den bereits vorliegenden Zahlen
für das erste Halbjahr 1918 hervor. Danach betrug
die Mitgliederzahl am Schlusse des ersten Quartals
1918 insgesamt 1 336 519 (354 781 weibliche) und am
Ende des zweiten Quartals 1 369 799 (362 617) weib-
liche). Das ergibt gegenüber dem Tiefstand von Ende
1916 eine Zunahme von 434 965 oder 46,5 Proz. und
im besonderen eine Zunahme der weiblichen Mitglie-
der seit dem Tiefpunkt von Ende 1915 um 129 561
oder 76,3 Proz. Diese Zunahme mag denen gering-
fügig erscheinen, die in den letzten Jahren nicht müde
wurden, von einem Rückgange der Gewerkschafts-
bewegung zu schreiben und den Glauben zu nähren,
als ob die Arbeiterschaft sich von den Gewerkschaften
abgewandt habe. Sie suchten dabei geflüstertlich
über die Tatsache hinwegzutäuschen, daß der weitaus
größte Teil der gewerkschaftlichen Mitgliederverluste
auf die Erfüllung vaterländischer Pflichten zurückzu-
zuführen ist. Würden wir die zum Heeresdienst einge-
gezogenen Gewerkschaftsmitglieder der obigen Mit-
gliederzahl hinzurechnen, so ergäbe sich schon am
Ende des zweiten Quartals 1918, daß die Zahl der
Gewerkschaftsmitglieder vor dem Kriege um mehrere
Hunderttausende überschritten ist. Und so sicher die
systematische Organisation der Kriegswirtschaft den
Gewerkschaften Hunderttausende von Mitgliedern zu-
führte, so gewiß ist auch damit zu rechnen, daß die
Arbeitermassen der demobilisierten Heere nach Frie-
densschluß den Weg zu den Gewerkschaften zurück-
finden werden, mit denen sie zum Teil auch während
des Krieges in enger Fühlung geblieben sind. Diese
Annahme ist um so berechtigter, als die Gewerkschaften
bei der Demobilisation der Heeresangehörigen
und ihrer Unterbringung in Arbeit tatkräftig mit-
wirkten und auch bei der Durchführung der Ueber-
gangswirtschaft und den dabei unentbehrlichen Für-
sorgemaßnahmen sich der Arbeiterinteressen anneh-
men werden.

Wenn sich aus den obigen Mitgliederzahlen er-
gibt, daß die Gewerkschaften auch während des Krie-
ges nicht aufgebört haben, die wirtschaftliche Organi-
sation der Arbeiterklasse darzustellen, so wird dies be-
sonders angesichts der weiblichen Mitgliederentwick-
lung zur Gewissheit. Die Kriegswirtschaft hat uns
eine starke Vermehrung der weiblichen Angestellten
und Arbeiter gebracht. Die Zahl der weiblichen
Krankentassenmitglieder ist von Mitte 1914 bis Mitte
1918 von 3,7 Millionen auf 4,5 Millionen oder um
21,6 Proz. gestiegen. Diese Tendenz mußte auch in
den Gewerkschaften zum Ausdruck kommen, selbst bei
noch so geringer Beteiligung der Arbeiterinnen an
der Organisation. Es ergibt sich nun, daß die weib-
lichen Mitgliederzahlen in den Gewerkschaften in
weit höherem Verhältnis gestiegen sind, denn seit
Mitte 1914 betrug ihre Zunahme beinahe 70 Proz.
Freilich stellen die weiblichen Mitglieder noch immer
erst etwa 27 Proz., während in der Kriegswirtschaft
die weiblichen Arbeiter und Angestellten bereits über-
wiegen. Aber man muß erwägen, daß die Frauen

jahrzehntlang für die gewerkschaftliche Organisation
außerordentlich schwer zu gewinnen waren und daß
die Frauenteile, die während des Krieges die Er-
werbsarbeit in Bureau und Fabrik aufgenommen
haben, den Gewerkschaften meist noch viel fremder
gegenüberstanden, als das Gros der Arbeiterinnen
vor dem Kriege. Wenn gleichwohl der Prozentfuß
der weiblichen Gewerkschaftsmitglieder sich von 5%
auf mehr als 8 Proz. der weiblichen Krankentassen-
mitglieder gesteigert hat, so prägt sich darin eine ent-
scheidende Wendung von großer, volkswirtschaftlicher
Bedeutung aus. Sie bedeutet, daß die Frauen in
der Kriegswirtschaft und durch die Kriegswirtschaft
sich ihres Wertes als Wirtschaftswesen bewußt ge-
worden sind und zugleich das Grundgesetz der moder-
nen Wirtschaftsentwicklung, die Notwendigkeit organi-
sierter Interessenvertretung begriffen haben. Es
wird eine der dringendsten Aufgaben der Gewerks-
chaften sein, dafür Sorge zu tragen, daß dieser weib-
liche Organisationsdrang nicht wieder zurückflutet
und der früheren Interessenlosigkeit Platz macht. Die
Frauenarbeit wird auch nach dem Kriege in beträcht-
lich größerem Umfange zurückbleiben als vor dem
Kriege, und auf sie wird ganz besonders der Teil der
Unternehmer sein Augenmerk richten, der an Arbeits-
löhnen sparen möchte. Deshalb wird die Frauen-
arbeit nach dem Kriege im besonderen das Feld sein,
auf dem scharfe Lohnkämpfe ausgetragen werden.
Die Arbeiterinnen und weiblichen Angestellten wür-
den sich selbst aufs schwerste schädigen, wenn sie sich
in diesem Ringen tatlos verhalten und als Objekt
der Lohnrüderei mißbrauchen lassen wollten.

Nicht minder würden die gewerkschaftlich orga-
nisierten Männer übel dabei fahren, wollten sie die
Frauen nicht mit allen Kräften für ihre Bestrebun-
gen gewinnen.

Die Finanzen der Zentralverbände
haben sich im Berichtsjahre nicht weniger erfreulich
entwickelt als die Mitgliederzahlen. Die Einnahmen
haben zuzunehmen, die Ausgaben dagegen abgenommen,
so daß sich die Vermögensbestände erheblich verbessert
haben. Die Gesamteinnahmen aller Gewerkschaften
betrugen im Jahre 1917: 34 189 398 M., die Ge-
samtausgaben 28 511 831 M. Gegenüber dem Vor-
jahre ergibt sich eine Zunahme der Einnahmen um
5 172 150 M., dagegen eine Abnahme der Ausgaben
um 1 562 217 M. Die Vermögensbestände können
auch für das Jahr 1917 nur unvollständig angegeben
werden, da der Metallarbeiterverband es nach wie
vor ablehnt, Ausweise über sein Vermögen zu ver-
öffentlichen. Die mitgeteilten Zahlen enthalten also
nur die Angaben über die Vermögen aller übrigen
Verbände, ohne den Metallarbeiterverband. Diese
Verbände beschloßen das Jahr 1917 mit einem Ge-
samtvormögensbestand von 70 717 419 M., der gegen-
über dem Vorjahre ein Mehr von 4 872 253 M. auf-
weist. Das ist erfreulich angesichts der bedeutenden
Aufgaben, die der Gewerkschaften nach Friedensschluß
warten, und von denen eine starke Kampfeslustigung
gegenüber allen Lohnrüderversuchen der Unternehmer
wahrlich nicht die geringste ist.

Von den Einnahmen entfallen 28 567 262 M.
auf Verbandsbeiträge und 5 658 756 M. auf örtliche
Beiträge, sowie 277 979 M. auf freiwillige und
Gytrabeiträge. Aus Eintrittsgeldern wurden 264 036
Mark vereinnahmt. An Zinsen ergaben sich 3 071 961
Mark Einnahme, während an sonstigen Einnahmen
1 349 404 M. verzeichnet wurden.

Die Gesamtausgaben sind seit 1914 stetig zurück-
gegangen. Sie umfaßten damals noch 79 547 272 M.,
sanken aber in den darauffolgenden Jahren auf
34 938 864, 30 074 048 und 28 511 831 M. Der Rück-

gang entspricht bis zum Jahre 1916 der Verminderung der Mitgliederziffern, daneben aber, und ganz besonders für das Jahr 1917, dem Rückgang der Unterstützungsausgaben infolge der gesteigerten Kriegswirtschaft. Von den Unterstützungsausgaben hat sich aber nur derjenige Teil verringert, dem wirtschaftliche Bedürfnisse zugrunde liegen, während bei der Krankenunterstützung, sowie bei der Streifen- und Gemahregelunterstützung und beim Rechtsschutz nicht unbeträchtliche Mehrausgaben verzeichnet werden.

Die Ausgaben für Krankenunterstützungen stiegen von 3.664.592 Mk. für 1916 auf 4.841.575 Mk. für 1917. Die Steigerung ist auf die vermehrte Wiedereinführung der Krankenunterstützung bzw. der vollen statutarischen Unterstützungssätze zurückzuführen. Die Ausgaben für Streifenunterstützung und Lohnbewegungen stiegen in dieser Zeit von 203.609 Mark auf 325.274 Mk., für Gemahregelunterstützung von 13.627 auf 17.729 Mk. und für Rechtsschutz von 87.671 auf 106.420 Mk. Diese Steigerungen sprechen für eine Verschärfung der Differenzen in den Lohn- und Arbeitsverhältnissen und lassen erkennen, daß gegenüber dem Unternehmertum mit bürgerlichen Methoden nicht immer auszukommen war. Die Ausgabe für Invalidenunterstützung ging um ein Geringes, von 539.893 auf 526.252 Mk., zurück. Die Ausgabe für Arbeitslosenunterstützung sank von 1.449.133 auf 719.607 Mk., die für Reiseunterstützung von 46.566 auf 22.422 Mk. und die für Ungezogen-, Not- und Sterbenerstützung von 7.669.465 auf 4.531.187 Mk. Insgesamt ergibt sich bei den Unterstützungsausgaben ein Rückgang von 13.470.937 auf 10.765.192 Mk.

Von den übrigen Ausgaben für das Jahr 1917 sind hervorzuheben: für Bildungszwecke 1.886.119 Mk., für Agitation, Generalversammlungen und Verbindungen 569.267 Mk., persönliche und sachliche Verwaltungskosten der Hauptverbände 1.261.734 und 564.699 Mk. und Verwaltungskosten der Zahlstellen und Gaue 8.015.546 Mk. Den Zahlstellen verblieben von den Beiträgen 4.316.407 Mk.

In den vorstehenden Zahlen sind die Angaben der Verbände der Hausangehörigen und der Landarbeiter nicht enthalten, weil sie, obgleich der Generalkommission angeschlossen, nicht als Gewerkschaften zu betrachten sind.

Die Zahl der Gewerkschaftsangeestellten ist zwar gegenüber dem Stande des Vorjahres um ein Geringes gestiegen, von 1264 auf 1371, trotzdem steht sie noch immer weit hinter der Zahl vor Kriegsausbruch zurück. Damals zählte man 2867 Angestellte, so daß Ende 1917 noch nicht einmal die Hälfte der Angestellten den Gewerkschaften zur Verfügung stand. Darunter haben namentlich die Zahlstellenverwaltungen zu leiden, denen von der früheren Zahl von 1956 besoldeter Funktionäre nur 763 verblieben, während die Zentralverwaltungen ihren Bestand an Angestellten von 407 auf 263 und die Gauverwaltungen von 429 auf 294, die Redaktionen von 75 auf 51 herabsenken mußten. Da die geringe Vermehrung der besoldeten Kräfte gegenüber dem Jahre 1916 hinter dem Mitgliederanstieg des Berichtsjahres zurückbleibt, so ergibt sich daraus, daß an die Arbeitslast dieser Angestellten höhere Anforderungen gestellt werden mußten. Besonders nahmen die Steuerungs- und Lohnbewegungen der Arbeiterchaft ihre Kräfte in erhöhtem Maße in Anspruch.

Die Neuregelung der Kriegsfamilienunterstützung vom 1. November an.

Nach einer Bundesratsverordnung vom 28. September 1918 sind die Lieferungsverbände (das sind in Preußen die Städte mit mehr als 10.000 Einwohnern, im übrigen die Landkreise) verpflichtet, aus ihren Mitteln eine Erhöhung der bis zum 1. Oktober 1918 gezahlten Familienunterstützung einzutreten zu lassen, die spätestens vom 1. November 1918 ab zu gewähren und deren Betrag je nach den örtlichen Verhältnissen zu bemessen ist. Bis zum Betrage von 5 Mk. für jeden Unterstützten werden die neuen Zulagen vom Reiche erstattet. Damit ist eine weitere Verbesserung der Fürsorge für die Kriegsfamilien vorgenommen worden. Es beträgt nunmehr die Reichsunterstützung in ihrem Grundbetrage für eine Ehefrau 20 Mk. und für ein Kind oder einen sonstigen Familienangehörigen 10 Mk. im Monat. Dazu kommen aber die neuartigen Reichszuschläge, die nach einer Bundesratsverordnung vom Herbst vorigen Jahres 5 Mk. und über oben erwähnten wieder 5 Mk. für jeden Unterstützten betragen, so daß also das Reich für eine Ehefrau bis zu 30 Mk. und für ein Kind usw. bis zu 20 Mk. im Monat auswendet. Die Zuschüsse, die von den Gemeinden und Kreisen zu diesen Reichszuschüssen geleistet werden, sind äußerst verschieden. In den Städten betragen sie etwa 100 bis 150 Proz. der Reichszuschüsse, in den Landgemeinden sind die Zuschüsse meist nur wenige Mark im Monat. In fast jedem Ort ist die Fürsorge

anders geregelt. Häufig sind bestimmte „Normalsätze“, abgestuft nach dem Umfang der Familie, eingeführt, vielfach kennt man besondere Mietzuschüsse, Kohlenbeihilfen usw. Die eingangs angeführte Bundesratsverordnung vom 28. September 1918 bestimmt noch, daß geringe Besserung der Verhältnisse der Unterstützten wie auch erheblichere Besserungen ganz vorübergehender Art regelmäßig nicht zur Herabsetzung oder Einstellung der Familienunterstützung führen sollen. Mit diesen recht allgemeinen Worten wird jedoch der Willkür mancher Stellen bei der Abschätzung der „Bedürftigkeit“ der zu Unterstützten nur wenig Beschränkung auferlegt.

Immer wichtiger wird die Frage, in welchem Umfange den Kriegsfrauen, die eine Beschäftigung ausüben, der Arbeitsverdienst auf die Unterstützungsbeiträge angerechnet wird. Nach einer kürzlich ergangenen Anweisung des Reichsanzlers sollen die Lieferungsverbände „bei Frauen, die ihre Pflicht in jeder Weise tun und womöglich trotz schwieriger häuslicher Verhältnisse sich durch Arbeit noch etwas hinzuerdienen, nicht engherzig verfahren“. Die Unterstützung werde ihnen nicht etwa mit Rücksicht auf den Arbeitslohn ohne weiteres entzogen oder gekürzt werden dürfen. Durch die Übernahme von Arbeit entsühnen den Kriegsfrauen meist auch besondere Ausgaben, z. B. durch Mehrverbrauch an Kleidung, für Stellvertretung im Haushalt usw. Als Grundsatz werde für alle Lieferungsverbände gelten können, daß von dem Arbeitsverdienst der Kriegsfrauen bei Prüfung der Bedürftigkeit ein Teil, vielleicht 50 Proz., überhaupt außer Betracht bleibt. Daraufhin haben viele größere Städte die Einrichtung getroffen, daß ein bestimmter Betrag vom Arbeitsverdienst (in Kiel 50 Mk., in Halle a. S. 60 Mk. monatlich) überhaupt außer Berücksichtigung bleibt und von dem überschüssigen Verdienst die Hälfte, in besonderen Bedürftigkeitsfällen nur ein Viertel, auf die Unterstützung angerechnet bzw. von dieser gekürzt wird. Nach der gleichen Anweisung des Reichsanzlers soll aber auch mit einiger Strenge gegen jene Frauen vorgegangen werden, die arbeiten können, aber nicht wollen. Weigern sich Kriegsfrauen, die nach ihren häuslichen Verhältnissen abkömmlich sind und körperlich zu arbeiten vermögen, vor allem junge, alleinstehende Kriegsfrauen, eine Beschäftigung anzunehmen, so werde angenommen werden können, daß sie dann auch der Familienunterstützung zum Durchkommen nicht bedürfen.“ Selbstverständlich dürfe eine Entziehung der Unterstützung aus diesen Gründen erst eintreten, wenn die Kriegsfrauen auf ihre Pflichten und die angeordneten Folgen ernsthaft hingewiesen worden sind. In verschiedenen Orten, namentlich Kleinen, wird leider diese Ermächtigung recht streng gehandhabt.

Gegen den Herrenstandpunkt

Der Unternehmer richtet sich eine in Industriellenkreisen gut eingeführte Fachzeitschrift „Der Konfektionär“. In einem Aufsatz: „Die Zeichen der Zeit nicht verkennen“ heißt es u. a.:

„Wie sich jetzt im Laufe des Krieges die Dinge entwickelt haben, sollte es eigentlich für selbstverständlich gelten, daß der Herrenstandpunkt überall als überwunden anzusehen ist. Trotzdem ist dies leider nicht so, vielmehr wird uns aus einer bedeutenden deutschen Textilindustriegegend berichtet, daß neue Arbeitsbedingungen und Löhne ohne Hinzuziehung und Anhörung von Vertretern der Arbeiterschaft festgesetzt worden sind. Es soll ganz von der Tatsache abgesehen werden, ob diese Neufestsetzungen den berechtigten Wünschen der Arbeiter entsprechen oder nicht. Der Umstand allein, daß solche Bedingungen einseitig ohne Anhörung der Arbeiterschaft festgesetzt werden, muß verwerfend wirken, ganz besonders aber in dieser Zeit. Wie uns ein hervorragender Industrieller schreibt, hat er vergeblich versucht, innerhalb des Verbandes die leitenden Persönlichkeiten aufzukommen. Er beschränkt — und wohl nicht mit Unrecht — unhaltbare Zustände und unliebsame Auseinandersetzungen, falls dieser Standpunkt aufrechterhalten bleibt. Wir können uns dem nur anschließen und im ureigensten Interesse den Industriellen dringend anraten, ihren Standpunkt, der einer überwundenen Zeitperiode angehören sollte, zu ändern. Im Interesse unserer Industrie und ihrer Zukunft ist nichts notwendiger als ein dauernder Wirtschaftsfrieden zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern nach Kriegsschluss.“

fachliches im Felde.

Von Marcel Lyon.
(Nachdruck verboten.)

Ich habe noch abzurechnen. In Nr. 30. Jahrgang 1918, der „Sattler- und Portefeuille-Zeitung“ machte ich die Leser mit der neuesten aller Sprachen, der „feldgrauen“ Soldatensprache, bekannt. Meiner Bitte um Ergänzungen, soweit lehrfachliche

Interessen dabei in Frage kommen, ist überaus reichlich entsprochen worden. Zwar wurde mir dieser und jener Ausdruck doppelt und dreifach eingereicht, aber ich konnte auch wertvolles unbekanntes Material sichten und meine Sammlung aus eigener Anschauung heraus in der „Schampanja-Schlacht“ (sprich: Schlacht in der Champagne) ergänzen. Meine Quittungen erstattete ich in Gestalt von Bücherempfehlungen. Nun soll die wohl nicht ganz uninteressante Ergänzung der Öffentlichkeit nicht länger vorenthalten werden.

Vor dem Kriege war das schwarze Lederzeug bei den Infanterieregimentern ziemlich durchgehend eingeführt. Nur die Grenadierregimenter machten eine Ausnahme. Während die Bataillone I und II derselben in Schwarz „geputzt“ waren, durfte das III. Bataillon noch an dem alten Brauch, weißes Lederzeug zu tragen, festhalten. Der Niederdeutsche schuf für diese „weißen“ Füßliere die Spottnamen „Kiwitt“ (Kiebitz), „Ladmäner“ und „Lackpreiser“; die „schwarzen“ Grenadiere nannte er „Krah“ (Krähe).

Bei der Kavallerie sagt man zu den Armeiemern „Weißkohl“.

Für den Tornister sind noch die Bezeichnungen „Kasten“, „Kommode“, „Bundeslade“, „Rheumatismustasten“, „Mudel“ (Babern), „Rückenwärmer“, „Lagerschuppen“, „Dachs“ (bei den Jägern) und „Schwindschweifkommode“ nachzutragen. Der schweizerische Soldat sagt zum Tornister: „Chum du lieben Aff“, „du Mit“, „du abhängig Fründ“, „Dergeli“, „Reisenezessäck“, „Schweißkaste“, „Drudli“, „Vergißmeinnicht“, „Schwiegermutter“, „Liebste“ oder „Kathri“. Handelt es sich dagegen um einen Offizierstornister, spricht man vom „Dustkissen“ oder vom „Gampfle Luft“.

Weil die Patronen in den Patronentaschen klappern, sind diese die „Plappertaschen“.

Unter „Langschäftern“ versteht man nicht nur lange Stiefel, sondern auch lange Leute, unter „Krumanstiefeln, Schlappstiefeln und Knickstiefeln“ solche Soldaten, die ihrer körperlichen Veranlagung wegen weniger zum Militärdienst geeignet erscheinen.

Die von mir genannten Stiefel werden durch folgende ergänzt: „Drittling“ (aus „Trittling“ Stiefel entstanden), „Gondeln“, „Quadratboten“, „vorgeführte Knobelbecher“, „Castlathen“ („Saff-Schweiß“, „Klumpen“, „Waffertreter“, „Radelkübel“ (rheiniisch), „Misttrampler“, „Rabatentrampler“ (Rabatener-Beete), „Krüstchen“, „Rutenpeters“ (Niederstacheln), „Höhlmasthampfer“, „Schneeschuhe“ (Gara), „Müllemer“ (Rhin, heißt: Mühlheimer), „Wötschen“ (Rhin) und „Müster (Neuster) Bötchen“ (Wilsdorf). Hat der Stiefel eine mittlere Schaftlänge, ist er nach einem Soldatenjargon ein „kurzer Langschäfter“ oder ein „langer Kurzschäfter“. „Seit- und Stinfstiefel“ sind die Kavalleristen.

Gaben sich die Soldaten die Füße wund gelassen, sagt man von ihnen — da sie keine Stiefel mehr anziehen können — sie wären „Schürschuhsoldaten“. Es gibt sogar ein „Schürschuhregiment“. Aus Nech berichtet man es mir von den 145ern, die einmal einige Zeit Schürschuhe zur Probe tragen mußten und bei dieser Gelegenheit die Namen „Schnappten“. Den Oesterreicher begrüßt der „Landjer“ als „Kamerad Schürschuh“, weil er keine Stiefel trägt.

Wer harte Stiefel hat, „muß den Stiefeln Armeefest geben“, wer zu große besitzt, hat „so große, daß er darin sterben kann“.

Unter dem „Stiefelwald“ ist ein Wald, der den Umriß eines Stiefels hat, zu verstehen.

Gaben die Stiefel schon ein Feuerkauf hinter sich, werden sie als „Schlachtschiffe“ betrachtet.

Auch der Franzose soll eine Soldatensprache haben. Ein Leser hat ihm das Wort „Spiegelschrank“ für Tornister abgelautet.

Auf den Chausseen ist der Kraßtrabfahrer in der Etappe und hinter der Front heute ohne seine Lederjade undenkbar. Dem feldgrauen Wortgestaltungskünstler ist das nicht entgangen. Er nennt den Kraßtrabfahrer „Lederbeinrich“.

Verittene Truppen haben „eiserne Hosen“ (Hosen mit Lederreinsatz) oder „Pellblechhosen“.

Man „öst“ und „jöst“, wenn man Leder bearbeitet, ist dann ein „Stepper“ und „Zwirnbod“, ein „Rechhengil“ und „Schemelhoder“, man bildet die „Stimmung“, die „Defonomie“ als simpler „Wodbruder“.

Als „Bundeslade“ lernte ich den Tornister kennen. „Zollstöde“ sind lange Menschen. Nicht alle treffen sich in der „Herberge zur Heimat (Arrest-lokal). „Delen“ ist mit Trinken gleichbedeutend. Als „Dampffessel“ dient der Helm. Die Infanteriekompagnie marschiert, „bis jeder seinen Tagelohn verdient hat“. Wer nicht bis ans Ziel kommt, gehört der „Schlappmaderinnung“ an. Heißt es, eine schwierige Arbeit zu vollbringen, so sagt man: „Wir werden schon die Karre schmeißen“ oder „ordentlich hinhauen“, „das sind ja allerhand Nippfäden“. Die Sturmtruppe werden als „Sturmarbeiter“ geschätzt.

Wer Nägel braucht, kann sich an den Klieger wenden, denn der hat immer „die Nagelkiste bei sich“ (Nägel und Pfeile). Er regiert die „Dampfmaschine“, während die Zigarre als „Dampfmotoren“ Geltung hat. Der „zünftige“ Soldat dient aktiv. Sachen, die nicht persönliche Eigentum des Besitzers sind, bezeichnet man als Kommissachen. So spricht der Soldat von der „Kommiss-Lampe“, vom „Kommiss-Beder“, vom „Kommiss-Schuh“ usw. Genügte man auch in familiärer Beziehung seiner Vaterlandspflicht, steht der Ernennung zum „Armeelieferanten“ nichts mehr im Wege.

Bei meiner Sammeltätigkeit wurde ich, wie gesagt, vielfach unterstützt. Ich danke für die freiwillige Mitarbeit, die ich schon mit Büchersendungen quittierte, auch an dieser Stelle bestens.

So konnte ich die Kette der schönen bunten Bilder, der Gleichnisse und harmlosen, wenn auch kerben Scherze ein bedeutendes Stück verlängern. Wenn man Neues hört, darf man auch das Alte sprechen lassen. Mein Berufener als Goethe sagt in einer köstlichen Weisheit:

„Ich liebe mir den heitern Mann
Am meisten unter meinen Gästen.
Wer sich nicht selbst zum besten haben kann,
Der ist gewiß nicht von den Besten.“

Behandlung der Zellstoffriemen.

Ueber die Behandlung der Zellstoffriemen macht die Riemenfabrik, auf verschiedenen Merkblättern verteilt, einige recht beachtenswerte Angaben, von denen die wichtigsten hier Platz finden mögen:

Es empfiehlt sich, die Zellstoffriemen vor dem Auflegen zu strecken. Dies geschieht in der Weise, daß man die Riemen unter den gleichen Temperatur- und Feuchtigkeitsverhältnissen wie beim späteren Betrieb aufhängt und die beiden freien Enden mit Gewichten belastet. Als Belastung sind für jedes Ende soviel Kilogramm Gewicht zu wählen, als der Riemen in Zentimeter gemessen breit ist.

Beim Auflegen der Zellstoffriemen ist große Vorsicht erforderlich, wenn diese nicht schon hierbei beschädigt werden sollen. Neupfer ist gefährlich ist das Überziehen der Riemen über die scharfe Nimmerscheibentante, weil hierbei leicht die Schutzfäden zerstört werden, wodurch die Riemen für den Betrieb unbrauchbar werden. Es sollten daher die Riemen, wo irgend möglich, nur mit Riemenspanner aufgelegt werden. Auf jeden Fall muß beim Auflegen jedes Zwängen über scharfe Scheibentanten vermieden werden.

Empfehlenswert ist es, die Zellstoffriemen auf der Lauffläche hinreichend einzusetzen, um bei dem beim Riemenbetrieb dauernd auftretenden Schlupf das Gewebe vor zu schnellem Verschleiß zu schützen. Das Bestreichen mit Adhäsionsfett muß in angemessenen Zwischenräumen (nach etwa 8—14 Betriebstagen) wiederholt werden. Zuviel Fett auf der Lauffläche bewirkt eine Verminderung der Leistung.

Alle Beschädigungen der Riemen während des Betriebes — besonders an den Verbindungsstellen — müssen sofort in Ordnung gebracht werden, sonst wird der Riemen infolge der Schwächung sehr schnell vollständig zerstört.

Verbindung der Enden bei Zellstoffriemen.

Die Verbindung der Riemenenden kann erfolgen:

a) Durch Verleimen. Die Riemen werden durch Abholen oder bei lageweise hergestellten Riemen durch Herausnehmen einiger Lagen abgeschwächt und mit gutem Tischlerleim verklebt. Diese Verbindung, die sich bei langjähriger Ausführung gut bewährt, eignet sich besonders für Riemen, die aus zusammengeklebten Bahnen bestehen. Ein Nachteil bei ihr ist, daß bei Nichtvorhandensein einer Nachspannvorrichtung Schwierigkeiten bei einer später unter Umständen vorzunehmenden Stützung auftreten.

b) Durch Uebereinanderlegen und Vernähen der Riemenenden. Bei lageweise hergestellten Riemen ist diese Verbindung gut. Bei gutgewebten Riemen wird die Verbindung zu dick und damit steif und eignet sich nicht für kleine Scheiben.

c) Durch Verbindung mit Lasche. Die Riemenenden werden stumpf gegeneinandergestoßen und durch eine Lasche aus festem Stoff irgendwelcher Art verbunden, indem die Lasche mit den Riemenenden vernäht wird. Eine zweite Lasche auch auf der Laufseite des Riemens anzubringen, empfiehlt sich nicht bei geteilten Scheiben und bei rasch laufenden Riemen (über 10 m/sek.), da durch das Auflaufen auf der Scheibe der Rand der unteren Lasche sehr bald umgebörstet wird und dann zu Stößen während des Betriebes Anlaß gibt, worunter der Riemen sehr leidet.

Die Riemen dürfen zur Verbindung nicht mit gestanzten Löchern versehen werden, wie es bei Lederriemen üblich ist. Bei Zellstoffriemen sind die Ver-

festigungslöcher vielmehr unter Schonung des Gewebes, besonders der Kettenfäden, mit einem nicht ausgeprägten runden Pfriemen herzustellen.

d) Durch Seilverbinder (mit oder ohne Stahlband). Diese Verbindung eignet sich für nicht zu hohe Geschwindigkeiten und findet in der Hauptsache bei geflochtenen Textilserien Anwendung.

e) Durch Schienenverbinder (aus winkelförmigen miteinander durch Schrauben verbundenen Schienenstücken). Diese eignen sich indessen nur für leichte Belastung bei nicht zu starken Riemen, wenn keine Spann- und Leitrollen vorhanden sind, und wenn der Riemen so vollkommen geschützt läuft, daß jede Gefahr für Personen durch die vorstehende Verbindung ausgeschlossen ist.

f) Durch Harnisflammern, Zid-Zad-Verbinder usw. Diese lassen sich bei nicht zu hoher Belastung und bei genügend großen Scheibendurchmessern (über 250 mm) nur für sehr harte und feste Gewebe gebrauchen, bei anderen Riemen nur mit Lederleinlage. Es ist bei ihnen darauf zu achten, daß ein möglichst langes Riemenstück mit der Vernietung gefaßt wird.

g) Erdlos gewebte Riemen eignen sich besonders für Spannrollenbetrieb.

49. Sitzung

der Schlichtungskommission für das Berliner Leberausrüstungsgewerbe

abgehalten am 29. Oktober 1918 in der Zimmerstraße 3/4.

1. Von der Firma Guiremand liegt die unter Position 359 des Tarifs aufgeführte Paddtasche vor, bei welcher aber die Dedelrollen mit der Hand genäht sind. Da die in der Position 324 des Tarifs diese Mehrarbeit bereits mit 80 Pf. pro Tasche bewertet ist, spricht die Schlichtungskommission aus, daß die gleiche Bezahlung auch in diesem Falle zu leisten ist.

2. Die Firma Otto Koch u. Co. zieht den Maßzinneberinnen bei der Anfertigung der Noßhaarschiffen für Stahlhelme den benötigten Faden in im vollen Betrage ab. Dagegen ist vom Verband der Sattler und Portefeuller Einspruch erhoben.

Nach kurzer Aussprache der Parteien entscheidet die Schlichtungskommission, daß der Abzug nicht gerechtfertigt ist, da bei dieser Arbeit der Maßfaden kostenlos vom Arbeitgeber zu stellen ist.

3. Bei der Firma Fischer werden für den Munitionskorb 98 nur 32 Pf. plus 20 Proz. gezahlt, obwohl die Dedel statt mit Lederhasten mit Gurthasten angemacht werden.

Entsprechend einem früheren Beschluß entscheidet die Schlichtungskommission, daß für die beiden Gurthasten 5 Pf. mehr zu bezahlen sind.

Eine weitere Beschwerde, daß zu denselben Körben statt Filzeinlagen solche aus sehr hartem Papierstoff verwendet werden, wird vorläufig zurückgestellt.

Haus unserem Beruf.

Leberverteilung. Die 18. und 19. Verteilung von freigegebenem Mantel- und Geschirrlleder ist von der Kontrollstelle am 1. November 1918 verfügt worden. Es werden je 60 Proz. des gemeldeten durchschnittlichen Monatsumsatzes zur Verteilung gelangen.

Der Ueberwachungsanschuß der Kontrollstelle für freigegebenes Leder hat auf Antrag des Sattler- und Portefeuller-Handwerkes Beschluß gefaßt, die gegenwärtige Organisation für Sattlerleder auch während der Zeit der Demobilisierung beizubehalten, und auch Sperrläger für Sattlerleder zu errichten, damit die heimkehrenden Sattler ihre Tätigkeit mit Hilfe von Lieferung aus den Sperrlägern wieder aufnehmen können.

Auf Wunsch der Interessenten der Portefeullerbranche wurde beschlossen, vorerst von dem Erlaß neuer Bestimmungen für den Verkehr in diesen Lederarten abzusehen, da die politischen Verhältnisse inwieweit eine so grundlegende Neuerung erfahren haben, daß ein klares Bild über die demnächstige Gestaltung der Verhältnisse in der Lederverwarendindustrie überhaupt nicht zu gewinnen ist.

Haus Industrie und Handel.

Bei der Geschwindigkeit, mit der sich die Weltgeschichte jetzt abwickelt, ist es unmöglich, sich in Voraussetzungen zu ergen, wie die Lage der einzelnen Erwerbszweige sich nach Friedensschluß entwickeln wird. Der „Konfektionist“ schreibt:

„Gegenwärtig läßt sich nur soviel sagen, daß infolge der Ereignisse in jüngster Zeit manche Pläne unausgeführt bleiben und manche Hoffnungen zerfallen werden müssen. Beispielsweise glauben wir, daß der wirtschaftliche Demobilisierungsplan, wie er schon in manchen Einzelheiten festgelegt war, eine

gründliche Abänderung erfahren muß, und so viele andere Dinge. Aber nichts berechtigt dazu, den Kopf hängen zu lassen und in wirtschaftlicher Beziehung trübe in die Zukunft zu sehen. Wie auch der Friedensvertrag endgültig ausfallen mag, ein Volk von 70 Millionen, dessen wirtschaftliche Leistungen vor dem Kriege mit Recht die Bewunderung der ganzen Welt, leider auch sehr viel Meid hervorgerufen haben, ist und bleibt imstande, die Folgen eines jeden Friedensschlusses in wirtschaftlicher Beziehung zu überwinden. Arbeiten und nicht bezweifeln — wird und muß die Lösung sein. Wenn es anders wäre, würde es schlimm um unsere Zukunft bestellt sein, es wäre eine wirkliche Niederlage, von der wir uns vielleicht niemals wieder erholen könnten.“

Korrespondenzen.

Berlin. Am Mittwoch, den 30. Oktober, fand im Gewerkschaftshaus unsere öffentliche Generalversammlung statt.

Zum Geschäftsbericht führt Kollege Schulze aus, daß im Vordergrund die Frage der Arbeitsgelegenheit gestanden hat. Von Quartal zu Quartal ist diese schlechter geworden. Seit Anfang des Jahres hält die rückläufige Bewegung an.

Nicht nur die ungelerten und berufsfernen Arbeitsträger, besonders die weiblichen, sind nach und nach wieder abgehoben, sondern wir haben bereits zu verzeichnen, daß ein großer Teil gelernter Sattler in anderen Berufen Beschäftigung genommen hat. Die zur Vergebung gelangten Aufträge sind zum größten Teil den Boomjahren überwiegen worden, so macht sich in Berlin der Rückgang der Arbeitsgelegenheit ganz besonders bemerkbar.

In allen Betrieben ist die Zahl der Beschäftigten bedeutend herabgesetzt, auch wird in den meisten Betrieben mit verzügiger Arbeitszeit gearbeitet. Verschiedene während der Kriegszeit errichtete Betriebe sind wieder vollständig von der Bildfläche verschwunden.

Ein Umschwung zum Besseren ist nicht zu erwarten, selbst wenn der Krieg noch einmal auflodern würde, wird auf neue Aufträge nicht zu rechnen sein, da in unserem Gewerbe eine Ueberproduktion vorhanden ist. Die Kollegen, welche in der Militärbranche arbeitslos werden, werden gut tun, sich wieder um die Privatindustrie zu kümmern und dort so bald wie möglich unterzukommen, da verschiedene Betriebe, welche während des Krieges Militärarbeit angefertigt haben, jetzt wieder zu ihrem alten Beruf zurückkehren. Auch haben verschiedene Betriebe neue Arbeit aufgenommen, so namentlich die Anfertigung von Reifeseifen. Leider aber haben wir es zu verzeichnen, daß die Kollegen die Annahme von Arbeit in der Privatindustrie ablehnen, nicht um des Verdienstes wegen, sondern hauptsächlich darum, weil die Kollegen der Meinung sind, daß in den Militärbetrieben eher eine Reklamation stattgegeben wird. Es ist aber die Tatsache zu verzeichnen, daß auch in den Militärbetrieben Reklamationen nicht mehr stattgegeben wird. Notwendig ist aber, daß bei der eintretenden Demobilisierung bereits ein großer Teil der Kollegen wieder in die Privatindustrie Unterkunft gefunden hat, damit sofort die notwendige Verbindung mit der Organisation hergestellt wird.

Um bei der abwärtsgehenden Konjunktur möglichst vielen Kollegen noch Arbeitsgelegenheit zu geben, ist beim Zentralrat die Forderung auf Verfürgung der Arbeitszeit sowie die Regelung der Heim- und Zwischenmeisterfrage gestellt worden. Die Verhandlungen vor dem Zentralrat sind zeitigen aber ein vollständig negatives Resultat. Es ist jedoch Hoffnung vorhanden, daß die Regelung dieser Fragen über den Köpfen der Fabrikanten im Sinne unserer gestellten Forderungen geschehen wird.

Unter dem Einfluß der mangelnden Arbeitsgelegenheit stehen auch unsere Kassen- und Mitgliederverhältnisse. Hat in den Vorquartalen bereits eine große Zahl der Angelernten wieder abgehoben werden können, so hat die Streichung von Kollegen wegen Nichtbezahlung der Beiträge ihren Höhepunkt erreicht. Es mußten 904 Kollegen und Kolleginnen wegen Resten ausgeschlossen werden. Ist diese Auslösung im Interesse unserer Organisation nur zu begrüßen, so ist sie doch im Interesse der Allgemeinheit zu bedauern.

Die Arbeiten zur Erlangung einer weiteren Feuerzusage in der Militärbranche sind leider ohne Erfolg gewesen. Die Arbeitgeber wollten nur für einen kleinen Bruchteil der Kollegen geringe Zulagen gewähren, welche aber von unserer Verhandlungskommission abgelehnt wurden. Trotzdem die Arbeitgeber unter Verlangen nach einer weiteren Zulage für berechtigt anerkannt, erklärten diese jedoch, aus eigenen Mitteln weiter nichts bewilligen zu können. Es ist nunmehr das Kriegsamt um Vermittlung angerufen worden, jedoch ist bis heute eine Antwort noch nicht eingegangen.

Etwas besser haben in dieser Beziehung die Kollegen abgeklärt, welche in den Bezugsbetrieben

beschäftigt sind. Dort war es möglich, die Feuerungs-
zulage um 10 Mk. pro Woche zu erhöhen und beträgt
diese jetzt 33 Mk. pro Woche.

Da bei den augenblicklichen Verhältnissen damit
gerechnet werden muß, daß bei der Demobilisierung
größere Massen zurückzuführen werden und da-
durch größere Störungen in verschiedenen Industrien
zu erwarten sein werden, hat der Ausschuß der
Berliner Gewerkschaftskommission bei den in Frage
kommenden beschließlichen Stellen die Forderungen
auf Beschaffung von Rohmaterialien, Errichtung ge-
meinsamer Arbeitsnachweise für Groß-Berlin, die
Verkürzung der Arbeitszeit sowie Einführung der
Arbeitslosenunterstützung nach einheitlichen Grund-
sätzen gestellt.

Es ist begründete Hoffnung vorhanden, daß
diesen Forderungen in weitgehendstem Maße Rech-
nung getragen wird. Am Schlusse seines Berichtes
ersuchte Kollege Schulze die Anwesenden, mit dafür
zu sorgen, daß das Interesse für die Organisation
weiter unter den Mitgliedern wachgehalten wird.

Zu dem gedruckt vorliegenden Kassenbericht be-
merkt Kollege Wehber, daß die fehlende Arbeits-
gelegenheit ja immer einen Einfluß auf die Kassen-
verhältnisse ausübt. Durch rücksichtslose Säuberung
der Mitgliedschaft ist die Beitragsleistung an sich
jedoch als gut zu bezeichnen. Einschließlich der Frei-
marken sind im Durchschnitt 12½ Beiträge geleistet
worden. Direkte Selbstbeiträge wurden im Durchschnitt
11½ gezahlt, und zwar die männlichen 12½ und die
weiblichen 10½ Beiträge.

Die Einnahmen und Ausgaben der Hauptkasse
betrugen 20 880,85 Mk. Unter den Ausgaben befinden
sich 1786,75 Mk. für Arbeitslosen- und 2907,50 Mk.
für Krankenunterstützung. An die Hauptkasse konn-
ten 9586,63 Mk. in bar abgeführt werden.

Die Lokalkasse hatte bei einem Bestande von
134 359,38 Mk. eine Gesamteinnahme von 141 418,39
Mk., während die Ausgabe 5803,47 Mk. betrug, mit-
hin verbleibt ein Kassenbestand von 135 614,92 Mk.

Die Berliner Verwaltung hatte einschließlich
eines Bestandes von 751,45 Mk. eine Einnahme von
2471,64 Mk. eine Ausgabe von 1938,66 Mk., somit
verbleibt ein Bestand von 532,98 Mk. Die Ein-
nahmen und Ausgaben der Jugendabteilung betrugen
18,50 Mk.

Der Mitgliederbestand betrug am Schlusse des
Quartals 2853, darunter 901 weibliche Mitglieder.

Eine Diskussion über die Berichte wurde nicht
gewünscht. Auf Antrag der Revisoren wurde dem
Kassierer einstimmig Entlastung erteilt.

Hierauf unterbreitet Kollege Wehber der Ver-
sammlung den Vorschlag der Verwaltung dahin-
gehend, daß den arbeitslosen Mitgliedern auch in
diesem Jahre wieder zu Weihnachten eine Extra-
unterstützung aus den Mitteln der Lokalkasse ge-
zahlt werde jedoch soll diese von 6 auf 10 bzw. von
10 auf 15 Mk. erhöht werden.

Bezüglich der Zahlung einer Weihnachtsunter-
stützung an die Familien der zum Heeresdienst ein-
gezogenen Kollegen schlägt die Verwaltung vor, in
diesem Jahre davon Abstand zu nehmen, da doch da-
mit gerechnet werden könne, daß unsere Kollegen aus
dem Felde recht bald zurückkehren werden; es soll,
nach Meinung der Verwaltung, diesen Kollegen per-
sönlich eine besondere Unterstützung gezahlt werden.

Im Auftrage der Verwaltung bringt Kollege
Wehber nachstehende Resolution zur Verlesung und
gesangt diese einstimmig zur Annahme:

„Die am 30. Oktober 1918 tagende Generalver-
sammlung der Verwaltungsstelle Berlin des Ver-
bandes der Sattler und Portefeuller ermächtigt die
Verwaltung, die zur Weihnachtszeit arbeitslosen Mit-
glieder nach folgenden Grundsätzen aus lokalen Mit-
teln zu unterstützen:

Die Unterstützung beträgt für Mitglieder, die der
Organisation mindestens 26 Wochen angehören und
für diese Zeit Beiträge entrichtet haben, 10 Mk.;

für Mitglieder, die der Organisation mindestens
52 Wochen angehören und für diese Zeit Beiträge
entrichtet haben, 15 Mk.

Anspruch auf diese Beträge ist nur dann ge-
geben, wenn die Meldung der Arbeitslosigkeit spä-
testens bis zum 20. Dezember, vormittags 10 Uhr,
im Arbeitsnachweis des Verbandes erfolgt ist.

Zur Weihnachtszeit zureisende Mitglieder er-
halten am Heiligabend ein Lokalgeschenk in Höhe von
6 Mk.

Ferner ersucht die Generalversammlung die Ver-
waltung, eine Vorlage vorzubereiten, nach welcher
bei eintretender Demobilisation die vom Heeres-
dienst zur Entlassung kommenden Mitglieder der
Verwaltungsstelle aus lokalen Mitteln unterstützt
werden können.“

Magdeburg, (E. 29. 10.) Die Mitglieder-
versammlung am 23. Oktober nahm die Abrechnung
für das 3. Quartal entgegen und erteilte dem Kas-
sierer Entlastung. Hierauf gab Vorsitzender Krull
einen kurzen Bericht über die leider ergebnislos ver-
laufene Verhandlung des Tarifamtes. In der erreg-
ten Diskussion zeigte die Kollegenschaft sich sehr un-

zufrieden, daß die Arbeiten unseres Zentralvorstan-
des wieder völlig ergebnislos verlaufen waren.
Hierauf wurde eine von Kolleginnen und Kollegen
unterzeichnete Resolution mit folgendem Wortlaut
zur Kenntnis gebracht:

„Mit großer Entrüstung vernahmen die Kollegin-
nen und Kollegen der Filiale Magdeburg das Ge-
setz der Verhandlungen des Tarifamtes. Sie erwar-
ten von ihren bewussten Vertretern, daß sie in dieser
Sache nicht ruhen, und die Lohnfrage eventl. auch
ohne die Arbeitgeber in Ordnung bringen. Wir be-
auftragen unsere Vertreter, mit der Militärbehörde
zu verhandeln, damit diese die Arbeitgeber zwingt,
uns die geforderten Löhne zu zahlen. Die Magde-
burger Kollegenschaft erklärte sich unter keinen Um-
ständen bereit, für die bisherigen, viel zu niedrigen
Löhne weiter zu arbeiten.“ Zum Schluß der Erör-
terungen ergriff der Schriftführer das Wort, indem
er sich über die Zensur der Redaktion beschwerte, die
sich verschiedentlich Streichungen in seinem Bericht
erlaubt hatte, namentlich die Abschnitte, in denen

Arbeiten unseres Zentralvorstandes kritisiert worden
waren.

Nachschrift der Redaktion: Wer den
letzten Satz liest, muß unwillkürlich fragen, was
hat denn der Magdeburger Schriftführer un-
geheuerliches über den Zentralvorstand geschrieben,
daß die Redaktion es gestrichen hat und daß acht
Wochen später der Schriftführer sich in einer Ver-
sammlung beschwert, die über diese Handlung der
Redaktion sehr erregt war? Um Märchenbildungen
vorzubeugen, bringen wir hiermit den von uns ge-
strichenen Absatz der Allgemeinheit zur Kenntnis.
Er hat folgenden Wortlaut: „Es wurden Stimmen
laut über die Arbeiten unseres Zentralvorstandes.
Erst unsere Münchener Kollegen sind zu der Einsicht
gekommen, daß eine Feuerungszulage dringender am
Platze sei.“ Nun lieber Leser wagt du getrost, welche
Arbeiten des Zentralvorstandes die Magdeburger
Kollegen kritisiert haben. Wir hatten den Absatz ge-
strichen, um unseren Lesern das Maßelrath zu er-
sparen.

Sterbetafel.

Als Opfer des Weltkrieges fielen unsere
Mitglieder:

Eugen Marte, Stuttgart, 19 Jahre alt.
Johannes Stok, Stuttgart, 33 Jahre alt.
Aus Offenbach fielen:

Adam Fledenstein, 30 Jahre alt.
Rudolf Stein, 22 Jahre alt.
Karl Theobald, 20 Jahre alt.
Heinrich Hexter, 29 Jahre alt.
Willi Papf, 27 Jahre alt.
Adolf Ländler, 47 Jahre alt.
Seibert Paulsch, 35 Jahre alt.

Aus Leipzig fielen:

Gustav Siebensohn, 47 Jahre alt.
Paul Bollrecht, 40 Jahre alt.
Rudolf Schneider, 29 Jahre alt.

Arnstadt i. Th. Am 23. Oktober starb unser
Vorsitzender Alfred Eschner.

Berlin. Am 26. Oktober verstarb unser Mit-
glied, der Sattler Karl Wredel, 26 Jahre
alt.

— Im Lazarett verstarb unser Mitglied der
Jugendabteilung Willi Mehner,
17 Jahre alt.

— Am 24. Oktober verstarb unser Mitglied,
der Portefeuller Bernhard Welsch,
30 Jahre alt.

— Am 25. Oktober verstarb unser Mitglied,
der Sattler Erich Lehmann, 28 Jahre
alt.

— Am 29. Oktober verstarb unser Mitglied,
der Sattler William Nordström,
41 Jahre alt.

— Am 31. Oktober verstarb unser Mitglied,
der Sattler Gustav Schädel, 35 Jahre
alt.

Düsseldorf. Am 31. Oktober verstarb unser
Mitglied Max Schönkecht, 27 Jahre
alt.

Eisleben. Am 21. Oktober verstarb unser
Mitglied Otto Weilepp, 21 Jahre alt.

Hamburg. Am 29. Oktober verstarb unser
Mitglied Adolf Fick, 50 Jahre alt.

Leipzig. In der Heimat verstarb unsere Kol-
legin Helene Heinsold, 42 Jahre alt.

Mainz. Am 25. Oktober starb unser Mit-
glied Peter Matthes im noch nicht
vollendeten 18. Lebensjahre.

Offenbach a. M. Am 18. Oktober verstarb
unser Mitglied, der Portefeuller Emil
Wuhrbank, 35 Jahre alt.

Stettin. Am 17. Oktober starb an der Grippe
unser Mitglied Willi Heise, 18 Jahre
alt.

Stuttgart. Gestorben sind unsere Mitglieder
Eugen Krieger, 28½ Jahre alt,
Wilhelmine Grabmayer, geb.
Junfer, 32 Jahre alt, und Paul
Corn, 60 Jahre alt.

Ulm. Am 29. Oktober starb an Herzlähmung
unser treues Mitglied Severin Men-
hardt im Alter von 22 Jahren.

Ehre ihrem Andenken!

Die besten Werkzeuge für Sattler, Portefeuller und Tapezierer liefert als Spezialität
Bruno Steffen, Berlin SW. 19, Lindenstr. 63.
Gegründet 1880.
Preislisten S. P. gratis und franko.

Verwaltungsstelle Leipzig.

Freitag, den 22. November, abends 8 Uhr, im
Volkshaus, Zeiger Straße 32

Mitgliederversammlung.

Tagesordnung:

1. Vortrag des Stadtverordneten H. Liedmann über
Gewerkschaftliche Aufgaben der Gegenwart.
2. Kassenbericht vom 3. Quartal.
3. Stellungnahme zur Weihnachtsunterstützung der
dem Felde stehenden Kollegen.
4. Gewerkschaftliches.

Zahlreichen Besuch erwartet

Die Ortsverwaltung.

„Eulin“-Leder-Hochglanz

ist wieder lieferbar, macht das Leder
geschmeidig und gibt hohen Glanz.

Alleiniger Fabrikant

J. J. Glorius, Safffabrik, Magdeburg-Budau
Telephon 190 und 1219. Gegründet 1829.

Freie Papiergewebe

starke Ware in roh und farbig, ferner noch
verwendbare große Abfallstücke davon, sehr
billig abzugeben.

Schuhfabrik Hassia, Offenbach a. M.

Jeder Sattler,

der durch Herausgehen der Ahlfen bei schwerer Arbeit
Müde und Zeitverlust hat, lasse sich von mir eine
Probepaale kommen, welche alle Fehler beseitigt und
mit welcher es eine Freude ist, zu arbeiten.

Zu beziehen durch

Karl Schiller, Stuttgart,
Luisenplatz 6.

Ia-Peitschenriemen,

aus bestem Kienleder.

Nr. 2. 100 Stück 105,— Mk., Nr. 1. 100 Stück 125,— Mk.

E. Flemming, Wismar.

Fachbücher für Sattler.

Morgenstern, Der Sattler-Lehrling 80 Pfg.
Rausch, Der praktische Sattler, broschiert 13,20 Mk.,
gebunden 15,40 Mk.

Schlüter, Zuschneiden der Sattler-, Riemen- und
Taschnerarbeiten, in Mappe 8,25 Mk.

Bei Einfindung des Betrages portofreie Zusendung.

Joh. Sassenbach, Berlin 16,
Engelufer 15.